



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt

.11.2022

Sitzung des Stadtrates am 23.11.2022

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Änderung des Baubeschlusses Freiflächengestaltung Universitätsring (VII/2022/04443)

Vorlagen-Nr.: VII/2022/04887

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Auch bei einer bestandsorientierten Sanierung sind auf Grund des schlechten baulichen Zustandes und einer in der Vergangenheit nicht denkmalgerecht erfolgten Instandsetzung der Wegebeläge mit Asphalt oder unterschiedlichen Natursteinmaterialien weite Teile der Beläge und Mauern zu erneuern oder auszutauschen. Unter Berücksichtigung der erhaltbaren Teile, des Wiedereinbaus der verwendbaren Natursteinmaterialien vor Ort und der im Bestand etwa 450 m² größeren Wegeflächen lässt sich ein Einsparpotential von ca. 400.000 € Brutto bei den Baukosten erzielen. Die Baukosten würden sich damit auf 1,4 Mio € Brutto belaufen.

Demgegenüber stehen neue Planungskosten in Höhe von mindestens 216.800 € Brutto. Ebenfalls zu berücksichtigen ist eine Baupreissteigerung durch die Verzögerung um zwei weitere Jahre, die durch die komplette Neuplanung einschl. der erforderlichen Fristen für Beschlussfassung, Genehmigungsplanung und Vergabe benötigt werden. Bei einem moderaten Ansatz von 10 % /Jahr (im letzten Jahr lag die Baupreissteigerung bei ca. 30 %) entstehen Mehrkosten von 280.000 €. Ebenso sind für die zwei Jahre Verzug Zinsen für die Fördermittel in Höhe von weiteren 200.000 € zu berücksichtigen.

Im Endeffekt entstehen Mehrkosten von ca. 300.000 € für die Sanierungsvariante und die bei der Neugestaltung möglichen Verbesserungen im Hinblick auf die Barrierefreiheit, die Verbreiterung des Bankettstreifens zur Standortoptimierung für die straßenseitige Lindenreihe oder die Entsiegelung und Vergrößerung der Grünflächen würden nicht realisiert.

Darüber hinaus bedarf es einer Abstimmung mit dem Fördermittelgeber, ob unter diesen Umständen die bestehende Bewilligung der Fördermittel aufrechterhalten wird. Die zusätzlichen Planungskosten und Zinsen sind auf jeden Fall vollständig aus Eigenmitteln der Stadt zu finanzieren.

René Rebenstorf
Beigeordneter